

Jugendpolitik der achtziger Jahre

Das Problem heißt: Wie wird ein junger Mensch erwachsen unter den Bedingungen einer Leistungs- und Industriegesellschaft, im Raum eines Wohlfahrtsstaats, der an den Grenzen seiner Möglichkeiten angelangt ist? Wie kann der Staat mit den Mitteln der Politik zur „Menschwerdung“ junger Menschen beitragen? Angesichts der Entmutigung, die in der Bevölkerung um sich greift und die Solidarität eher mindert als mehrt, wäre es nötig, jungen Menschen die geschichtlichen, sozialen und sittlichen Dimensionen einer staatsbürgerlichen Existenz im politischen Handeln zu erschließen. Jede Art von Politik hat demnach jugendpolitisch relevante Konsequenzen, ob es sich um Bildungs-, Sozial- oder Energiepolitik handelt.

Junge Menschen von heute haben bewußt nur die Jahre des Wohlstands und der Unruhe erlebt. Sie kennen nicht die Unfreiheit unter der Naziherrschaft, nicht die Mühe des Wiederaufbaus, nicht die zwischen 1945 und 1965 tragenden Ordnungen. Die sich daraus ergebende, teilweise ahnungslose Kritik am Bestehenden kann ebenso wie die Angst vor der Zukunft nur dadurch überwunden werden, daß junge Menschen sich als Täter erfahren. Das konkrete Tun fördert eher das Verständnis für das Gewordene als die Instruktion über die Historie; es baut auch Zukunftsangst ab. Dies um so mehr, wenn die Politik Räume der „alternativen“ Gestaltung eröffnet und dadurch Jugendliche in existentieller Evidenz erfahren: sie sind gefragt – mit ihrer Phantasie, ihrer Unbefangenheit, ihren „neuen Ideen“. – Konkret wird diese Forderung nach Partizipation in der Mitverantwortung, die Ernst ist und nicht Spiel – etwa in einem Jugendparlament, in den Jugendvertretungen in Schule und Betrieb, in Hearings bei anstehenden wichtigen Fragen, in der Förderung jener sozialkritischen Äußerungen junger Menschen, die sich auch im Freizeitraum (in Kunst, Musik, Spiel) ermöglichen lassen. Begegnung heißt die eigentliche Voraussetzung jeder Partizipation.

Wenn junge Menschen sich aus manchem Engagement resigniert zurückziehen, beruht dies auf der Erfahrung, daß sie sich anonymen Gruppen und einer antlitzlosen Bürokratie gegenüber befinden und daß ihnen selbst das Ausmaß eines sozialen Durchhaltevermögens abgeht, das auch die Widerstände meistert. Eine jugendpolitisch orientierte Politik darf nicht nur von den Randgruppen her denken (wie notwendig solche Orientierungen auch sind); sie muß die Soziabilität und Solidarisierungsfähigkeit aller Jugendlichen im Auge haben. Dort, wo junge Menschen allerdings den Eindruck gewinnen, politische Entscheidungen gingen über berechnete soziale Forderungen rücksichtslos hinweg, wird der Wille zur Solidarität zerstört; es wächst jene Aggression, die das vernichten will, was als

Ersatz für „personales Angebot“ und für die Erfahrung, angenommen zu sein, nicht akzeptiert werden konnte. – Konkret wird diese Forderung nach Solidarität etwa in der Ermöglichung (sozialer) alternativer Lebensformen, im Engagement für die Dritte Welt, für Gastarbeiter und ihre Familien, in der Förderung sozialer Aktivität überhaupt. Könnte es neben den geistigen Eliten nicht auch „soziale Eliten“ geben?

Was junge Menschen als Sinnfrage artikulieren, ist nichts anderes als der Protest gegen den zeitgenössischen Pragmatismus und klingt wie eine Herausforderung jenes Wertpluralismus, der sich nur wenig von der Beliebigkeit unterscheidet. Eine Republik, die sich auf ihre Grundwerte und damit auf ihren Minimalkonsens besinnt, signalisiert, daß sie den Anspruch, auch der jungen Bürger, auf Werte und deren Orientierungsvorgaben wahrgenommen hat. Werte aber werden dadurch „wirklich“, daß sie vorgelebt werden.

Das Bekenntnis zum Menschen im konkreten politischen Handeln, die Offenlegung sozialpolitischer Motivationen wird von Tag zu Tag nötiger; denn eine nur pragmatische Politik führt unweigerlich zu einem unbehausten Menschen: Er fühlt sich aus Sinnbezügen und Wertdimensionen ausgestoßen. Bei einer solchen Sicht der Politik legen Eigenschaftsworte wie „christlich“, „sozial“, „liberal“, „demokratisch“ große Verpflichtungen auf – und entlarven Verfilzung, Postenjägerei und ähnliche Mißstände als Provokationen des Bürgers. – Konkret wird die Ethik des politischen Handelns in den subtilen Fragen des Lebensrechts überhaupt, in der Umweltproblematik, in den Fragen der Kernenergie, in der Suche nach Frieden, in einer „neuen Gesellschaft“, aber auch in der Frage nach menschenwürdigen Lebensräumen von der Schule bis zum Arbeitsplatz, von der Wohnung bis zum Wohnort. Auch die Frage nach einem neuen Lebensstil gerade angesichts der Not der Dritten Welt gehört in diesen Kontext ethischer Dimensionen.

Es geht also um eine jugendnähere Politik, die bei den Jugendlichen den Eindruck zerstört, sie seien anonymen Mächten und einer ängstigen Zukunft ausgeliefert. In dem darin angebotenen Engagement könnte Identität gefunden, könnte der zeitgenössische „Narzißmus“ überwunden und könnte in soziale Tugenden eingeübt werden. Wenn dadurch eine „Zivilisation der Liebe“ (Johannes Paul II.) und eine Kultur des Vertrauens aufbrächen, wäre das zum Wohl aller Bürger, nicht zuletzt der Jugendlichen.

Roman Bleistein SJ